

**Bericht des Landrats zur Kreistagssitzung
am Dienstag, den 1. Dezember 2020**

Stabsbereich Landrat

Verlängerung der Liquiditätshilfe für die ProJob Rheingau-Taunus GmbH bis zum 31. Dezember 2021

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 16. November 2020 einer Verlängerung der Liquiditätshilfe für die ProJob Rheingau-Taunus GmbH in Höhe von 350.000,00 Euro bis zum 31. Dezember 2021 zugestimmt. Als Begründung wird die pandemiebedingte Lage und die daraus unter Umständen resultierenden negativen wirtschaftlichen Folgen angegeben.

Die ProJob GmbH wird verpflichtet, halbjährlich Finanzberichte zur Information des Kreisausschusses vorzulegen. Die Gewährung der Liquiditätshilfe ist gedeckt durch die Betrauung der ProJob mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen (Kreistagsbeschluss vom 6. Dezember 2016).

Fachstelle zur Demokratieförderung und Extremismusprävention (DEXT-Fachstelle)

Der Rheingau-Taunus-Kreis hat den Zuwendungsbescheid des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport für die „Fachstelle zur Demokratieförderung und Extremismusprävention im Rheingau-Taunus-Kreis“ für die Jahre 2021 bis 2022 erhalten.

Die Fachstelle wird im Rahmen des Landesprogrammes „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus (2020 – 2024)“ mit einer Gesamtsumme von bis zu 91.292,40 Euro zunächst in den Haushaltsjahren 2021 bis 2022 gefördert. Die Mittel stehen für Personalkosten im Umfang einer 0,5 VzÄ-Stelle sowie Projekte und Maßnahmen zur Verfügung.

Die Fachstelle ist auf lokaler und regionaler Ebene Ansprechpartner zu allen Phänomenbereichen des Extremismus und richtet sich gegen jedwede Form der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) sowie verfassungsfeindlicher Bestrebungen.

Das Land Hessen hat mit dem Programm eine Grundlage zur „Förderung von Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit zur Verhinderung von Extremismus“ geschaffen, um dem akut gegebenen Handlungsbedarf zu begegnen und hebt darauf ab, alle Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und Gewaltanwendung jedweder Art zu ächten und zu verhindern.

Vierte Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2020

Zur vierten Änderung des Landesentwicklungsplans findet eine zweite Öffentlichkeitsbeteiligung statt. Der Rheingau-Taunus-Kreis hatte bereits am 26. März 2020 eine Stellungnahme zur ersten Öffentlichkeitsbeteiligung abgegeben, in der auf Folgendes hingewiesen wurde:

„Taurusstein und Eltville sind als Mittelzentren in Kooperation mit Wiesbaden dargestellt. In ganz Hessen ist das der einzige Fall, in dem Mittelzentren nicht mit anderen Mittelzentren, sondern mit einem Oberzentrum kooperieren sollen. Diese Konstellation könnte sich sehr schwierig gestalten, da es sich zum einen um drei Kooperationspartner handelt und zum anderen anzunehmen ist, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden in ihrer oberzentralen Funktion mit einer mehr als zehnfach höheren Einwohnerzahl als beispielsweise Eltville eine deutlich stärkere Verhandlungsposition bei der Führung der Kooperationsverhandlungen haben wird. Wir bitten um Prüfung, ob die Städte Eltville und Taurusstein ihre mittelzentrale Funktion weiterhin ohne die Landeshauptstadt Wiesbaden erfüllen können.“

Diese Anregung wurde nicht berücksichtigt. Aufgrund der Stellungnahmen anderer Gebietskörperschaften wurde der Entwurf der vierten Änderung des Landesentwicklungsplans gegenüber der ersten Öffentlichkeitsbeteiligung in diesen Punkten geändert:

- Regionalplanerische Mindestdichtewerte in Wohneinheiten je ha
- Abgrenzung der Mittelbereiche
- Oberzentrale Kooperationen
- Integration von großflächigem Einzelhandel und Herstellerdirektverkaufszentren

Der Rheingau-Taunus-Kreis hat bis zum 12. Januar 2021 Gelegenheit, eine Stellungnahme abzugeben.

Bericht des Dezernenten Günter F. Döring: CityBahn

Seit dem 2. November 2020 wird die CityBahn abgewickelt. Alle Verträge sind gekündigt. Es wird auf die Antworten der Unternehmen gewartet, um die Auftragsleistungsstände abzugleichen, ggf. Forderungen zu prüfen und zu klären.

Im Einzelfall – wie bei der Baugrunduntersuchung – sollen die Arbeiten fortgesetzt werden, um zu einem weiterverwertbaren Abschluss zu kommen. Alle weiterverwertbaren Unterlagen für den Aartalbahnabschnitt wie Brückenuntersuchungen erhält der Rheingau-Taunus-Kreis.

Zum 31. Dezember 2020 werden alle Leistungen wie Personalkosten des Jahres 2020 abgerechnet. Dieser Prozess soll bis zum 31. März 2021 abgeschlossen sein und es folgt dann ein Sachstandsbericht.

Die Gesellschafterversammlung wird am 11. Dezember 2020 über die Vorschläge der Geschäftsführung entscheiden, auch über den Vorschlag, die CityBahn GmbH zum 31. Dezember 2020 gem. GmbH-Gesetz zu liquidieren.

Der Bürgerentscheid nach § 8b HGO vom 1. November 2020 hat – wie mehrmals berichtet – über die kommunale Grenze hinaus Auswirkungen auf die ganze Region: Mainz, Wiesbaden und der Rheingau-Taunus-Kreis mit rund 700.000 Bürgerinnen und Bürgern. Das gilt insbesondere für den Rheingau-Taunus-Kreis mit seiner Kreisstadt Bad Schwalbach und der größten Stadt Taunusstein. Beide Kommunen sind ohne Bahnanschluss. Der Gesetzgeber sollte die Regelungen des § 8b HGO unter diesen Gesichtspunkten überdenken.

Bericht des Dezernenten Günter F. Döring: Plan Aar-Taunus-Ringbahn

Um nach dem Ende der CityBahn eine Schienenanbindung an Wiesbaden herzustellen, wurde der Plan Aar-Taunus-Ringbahn der Öffentlichkeit präsentiert. Demnach soll die Aartalbahntrasse bis zum Hbf. Wiesbaden reaktiviert werden, um dann über die Ländchesbahn, die ertüchtigt werden muss, einen Ringschluss nach Idstein zu verwirklichen. Auch wird eine Anbindung von Mainz via Bhf. Wiesbaden-Ost usw. geprüft werden.

In diesem Zusammenhang wurden bereits erste Gespräche geführt. Zuständig für regionalen Schienenverkehr ist gem. § 7 Hessisches ÖPNV-Gesetz der RMV; auch mit ihm wurde bereits gesprochen. Über den Fortgang des Projektes Aar-Taunus-Ringbahn wird der Kreistag informiert.

Bericht des Dezernenten Günter F. Döring: ÖPNV

Die Corona-Krise hat den ÖPNV vor große Herausforderungen gestellt, die von RTV und den beauftragten Verkehrsunternehmen hervorragend gemeistert wurden. Beschwerden gab es so gut wie keine, die Fahrgäste haben sich weitgehend vorbildlich verhalten. Dafür muss allen gedankt werden.

Schulbusbetrieb zu Corona-Zeiten:

Bereits vor dem Kreistagsbeschluss zur Schülerbeförderung vom 21. Oktober 2020, Top III/7, haben Schulamt und RTV die Voraussetzungen geschaffen, dass der Schulbusbetrieb sicherer wird. Faktisch sind die Probleme gelöst, sollte es noch zu Anforderungen seitens einzelner Schulen kommen, wird wie bisher schnell und unbürokratisch gehandelt. Der Beschluss des Kreistages ist umgesetzt worden.

In diesem Zusammenhang haben Schulamt und RTV die bisher gute Zusammenarbeit optimiert und Verfahrenswege festgelegt: Künftig werden alle Schulbusanforderungen zu Schuljahresbeginn, zu Wechselunterricht, zu Schulzeit-Entzerrungen, zu Verstärkerfahrten an das Schulamt gemeldet, das diese Anforderungen ggf. mit dem Staatlichen Schulamt prüft. Dann werden die Anforderungen an die RTV weitergeleitet, die ihrerseits prüft, ob die Anforderungen mit bestehenden Linien abgedeckt werden können oder Neues kreiert werden muss. Die RTV informiert dann die Schulen.

In einem gemeinsamen Schreiben an alle Schulen haben die Dezernenten Scholl und Döring die neue Verfahrensregel bekannt gegeben und nochmals auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Schulanfangszeiten und Schulendzeiten zu entzerren, weil es ökonomischer ist, als in Verkehrsspitzenzeiten teure Buskapazität bereit zu stellen.

Sichtbare Sicherheit

Es gab während der Corona-Pandemie Fahrscheinkontrollen. Dabei wurde auf die Maskenpflicht geachtet und ggf. an diese erinnert. Ziel war es, die Fahrgäste darauf hinzuweisen, an Haltestellen und im Bus Masken zu tragen. Die Kontrollen werden jetzt stringenter mit den zuständigen Ordnungspolizeien, Landespolizei, ggfs. Bundespolizei und Kontrolleuren fortgesetzt. Der RMV hat seine Beförderungsbestimmungen geändert: Aufgenommen wurde eine Vertragsstrafe von 50,00 Euro bei Nichttragen eines Mund-Nasen-Schutzes.

Digital On Demand (DoD)

An dem Projekt wird weitergearbeitet.

Hotel-Ansiedlungsmanagement im Welterbe Oberes Mittelrheintal

Hinsichtlich der Erstellung eines Gutachtens zu potentiellen Flächen für Hotel- und Beherbergungsstandorte im Gebiet des Zweckverbandes Welterbe Oberes Mittelrheintal e.V. ist noch keine Entscheidung gefallen. Das Gutachten soll mit LEADER-Mitteln finanziert werden. Eine Leistungsbeschreibung wurde bereits entworfen.

In einer weiteren virtuellen Konferenz der regionalen Wirtschaftsförderungen am 25. Januar 2021 soll das weitere Vorgehen konkretisiert werden.

Homepage des Kreises: Thema Corona und Wirtschaft

Auf der Webseite des Kreises finden sich laufend aktualisiert umfangreiche Informationen für Betriebe und Unternehmen zu Überbrückungshilfen, Fachkräfte- und Ausbildungsplatzsicherung, Kurzarbeitergeld, Steuern und Finanzierung und anderem:

<https://www.rheingau-taunus.de/corona/corona-wirtschaft.html>

Standortanfragen

In den letzten Monaten erreichen die Wirtschaftsförderung des Kreises vermehrt Standortanfragen über die Hessen Trade & Invest GmbH, die FrankfurtRheinMain GmbH und weitere Projektentwickler. Diese werden entweder gezielt an ausgewählte oder an alle Kommunen im Kreisgebiet weitergeleitet. Allerdings stehen in den Kommunen des Kreises relativ wenig zu vermarktende Flächen zur Verfügung.

Standortansiedlungsversuch Carbonex

Die bundesländerübergreifende Standortsuche des Unternehmens Carbonex erreichte Heidenrod über die Hessen Trade & Invest GmbH, die FrankfurtRheinMain GmbH und die Wirtschaftsförderung des Kreises. Aufgabe der Wirtschaftsförderung ist es, als Vermittler der Standortanfragen an die Kommunen im Kreisgebiet zu wirken.

Die Gemeinde Heidenrod bewarb sich mit einem aussagefähigen Konzept. Ein Grundstück wurde auf einer ehemaligen Windwurffläche gefunden. Nach Gesprächsrunden und Ortsbesichtigungen favorisierte die Fa. Carbonex den Standort Heidenrod. Von der Gemeinde wurden die entsprechenden Verfahren und die Erstellung von Gutachten in die Wege geleitet bis zur Durchführung des Bürgerentscheides. Die Stabsstelle Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung war an mehreren Gesprächsrunden beteiligt. Aus Sicht der Wirtschaftsförderung passte die geplante Ansiedlung des innovativen französischen Spezialisten Carbonex, Hersteller von Holzkohle aus nachhaltiger Waldwirtschaft, sehr gut zur Energiegemeinde Heidenrod. Nebenbei wäre noch „grüner“ Strom produziert worden. Es ging um annähernd 100 neue Arbeitsplätze.

Im Bürgerentscheid am 1. November 2020 wurde mit klarer Mehrheit die Ansiedlung abgelehnt.

Wirtschaftsdialog

Der Wirtschaftsdialog des Rheingau-Taunus-Kreises unter dem Motto „Wertschöpfung durch Netzwerken“ hätte Ende Oktober die Unternehmerinnen und Unternehmer aus dem Untertaunus zu einem Meinungsaustausch in Taunusstein zusammenbringen sollen. Aufgrund der hohen Infektionszahlen wurde die Veranstaltung abgesagt und auf den 22. Juni 2021 verlegt. Thema ist und bleibt „Personalgewinnung und Arbeitsmarkt“. Die Gewinnung und der Erhalt von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist weiterhin von zentraler Bedeutung. Die Veranstaltung ist ein Baustein der Ausbildungs- und Arbeitsmarktstrategie des Kreises.

Per viertelstündigem Videofilm, abrufbar unter www.zusammen-zukunft.de wird nun gezeigt, wie der Wirtschaftsdialog abgelaufen wäre. Die drei Referentinnen geben Statements und machen Geschmack auf 2021. Neben einer kurzen Einführung ins Thema durch Landrat Frank Kilian erfahren die Zuschauenden in prägnanter Weise, welche Schwerpunkte die drei Referentinnen in ihren Vorträgen setzen.

Frau Dr. Christa Larsen, Geschäftsführerin des Instituts für Wirtschaft, Arbeit und Kultur der Johannes-Goethe-Universität Frankfurt (IWAK), hat die Erstellung der Arbeitsmarktstrategie wissenschaftlich begleitet und befasst sich mit den Perspektiven der Personalgewinnung.

Frau Mona Werner von der Stadtmarketing & Standortentwicklung Taunusstein (StaTa GmbH) stellt das Regionale Arbeitgeberportal als eine Möglichkeit für Unternehmen zur Gewinnung von qualifiziertem Personal vor.

Frau Ursula Dökel, Coach und Personalberaterin, plädiert für das Verlassen des Mainstreams und das Beschreiten neuer Wege, wie in der Initiative „barrierefrei starten“. Die Wirtschaftsförderung des Rheingau-Taunus-Kreises und die Referentinnen freuen sich auf ein Treffen am 22. Juni 2021.

IWAK – Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur, Zentrum der Goethe-Universität Frankfurt am Main

Mit dem IWAK besteht von Seiten der Wirtschaftsförderung eine intensive Zusammenarbeit in verschiedenen Projekten. Bei RegioPro geht es um Prognosen über die Veränderung der Arbeitskräftenachfrage bis 2026 nach Wirtschaftszweigen im Rheingau-Taunus-Kreis und den anderen hessischen Regionen. Beim Projekt KMU.Kompetent. werden Roadmaps für Hessen zur Unterstützung von Personalverantwortlichen in kleinen und mittleren Betrieben erarbeitet und zur Verfügung gestellt. Bei den Hessischen Zukunftsdialogen geht es um die Fachkräftesicherung im Wandel der Arbeitswelt.

Alle Projekte passen als Bestandteile zu unserer Ausbildungs- und Arbeitsmarktstrategie, ebenso wie der bereits genannte Wirtschaftsdialog.

Gründungsunterstützung

Am 3. November 2020 fand virtuell sehr erfolgreich die Veranstaltung „Gemeinsam sind wir stärker“ zur Unterstützung von Gründerinnen und Gründern im Rheingau-Taunus-Kreis statt. Initiator war die Stabsstelle Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung, die Organisation lag in den Händen der hessischen Akademie für den ländlichen Raum.

Gründerzentren und Gründungsinitiativen stellten sich vor und diskutierten gemeinsam. Einhellige Meinung war, dass sich die Aktivitäten der Vernetzung weiter entwickeln müssen. Dazu finden aktuell erste Planungsgespräche intern und extern statt.

Breitband-Strategieentwicklung

Im Rahmen des Projektes „Strategieentwicklung, Digitalisierung und flächendeckender FttB/H-Ausbau als Phase 3 des Ausbauprojektes zur Gigabit-Region Rheingau-Taunus“ ist das Markterkundungsverfahren abgeschlossen worden und wird vom TÜV Rheinland als Auftragnehmer aktuell ausgewertet. Aufgabe des Markterkundungsverfahrens war es festzustellen, ob und in wieweit der Landkreis bereits mit Bandbreiten in Höhe von 30, 100 und 1.000 Mbit/s versorgt ist und ob in den nächsten drei Jahren eine Erschließung durch eigenwirtschaftlichen Ausbau von Breitband/Gigabit-Netzen zu erwarten ist.

Kommunales Breitbandausbauprojekt

Die Rechnungstellungen der Telekom für 2020 sind abgeschlossen und von unserer Kreiskasse ausgezahlt. Die Rechnungen stimmen mit den Zahlungs- und Realisierungsplänen zum Hauptausbauprojekt und zum Teilprojekt FttH-Ausbau der Bildungseinrichtungen überein. Die Gesamtsumme beträgt rd. 3,5 Mio. Euro. Die Fördermittel des Bundes und des Landes sind entsprechend angefordert. Umfangreiche Zuwendungen der Fördermittelgeber hat der Kreis bereits erhalten. Die Eigenanteile der Kommunen sind beim Kreis verbucht. Nach entsprechender Absprache wird ein Restbetrag einer Kommune in 2021 abgerufen. Der Kreisanteil für die Bezuschussung des Ausbaus der Bildungseinrichtungen in Höhe von rund 122 Tsd. Euro wurde mit der Auszahlung einer Telekomrechnung für den Bereich Schulen abgewickelt.

Die Telekom hat durch Nachweise belegt, bisher rund 15 Mio. Euro in Tiefbau sowie passive und aktive Infrastruktur im Rahmen des gesamten Kreisprojektes investiert zu haben. Ca. 40 Prozent des Tiefbaus sind abgeschlossen. Die Ausbaugelände 1 („Kreisgebiet Ost“) und Ausbaugelände 4 („Kreisgebiet Nordwest“) sind fast fertig ausgebaut. In den drei weiteren Ausbaugeländen wird aktu-

ell und in den kommenden Monaten intensiv gebaut. Erste Bereiche in den Ausbaugebieten 1 und 4 sind kurz vor bzw. in der Buchbarkeit und werden nun beworben.

Aktuelle Infos: <https://www.rheingau-taunus.de/kreisentwicklung/breitbandausbau/breitbandausbau-rheingau-taunus.html>.

Gigabitregion FrankfurtRheinMain

In der letzten Sitzung des Steuerungskreises waren die Ergebnisse der weiteren Verhandlungen mit Telekom, Deutsche Glasfaser und Deutsche GigaNetz, die nach den bisherigen Bekundungsverfahren verblieben sind, ein Hauptthema. Die Richtung der Zusammenarbeit geht zu Mehrpartnermodellen, heißt z. B. alle drei Unternehmen kooperieren zusammen oder es gibt Kooperationen mit Telekom und Deutsche Glasfaser usw.

Weitere Themen waren die Gründung der Gigabit FrankfurtRheinMain GmbH, mit Struktur, Finanzierung und Aufgaben einer Ausbau- und Infrastrukturgesellschaft. Die GmbH soll den weiteren Projektablauf in Zusammenarbeit mit den beteiligten Gebietskörperschaften steuern.

Mobilfunkmessungen

Die kommunenscharfen Auswertungen der IQMTEL-Messungen über die Müllfahrzeuge wurden den Kommunen zur Verfügung gestellt.

Aktueller Projektstand kwb

Stand der aktuellen Projekte November 2020								
VE	Standort	Anzahl WE	Bau genehmigung	Bauleistung ausgeschrieben	Bauausführung begonnen	Fertigstellung Hochbau	Fertigstellung Außenanlagen	Erstbezug
310	Am Metzengraben Idstein-Wörsdorf	10 Stück			11 / 2018	100%	100%	bezogen
309	Hahner Mitte Taunusstein-Hahn	57 Stück			03 / 2020	20%	0%	06 / 2022
313	Gottfried-Keller-Straße Taunusstein-Hahn	72 Stück			03 / 2020	20%	0%	12 / 2021
312	Wiesbadener Straße Heidenrod-Laufenselden	14 Stück			01 / 2019	90%	0%	02 / 2021

Rezertifizierung Limeserlebnispfad

Der Limeserlebnispfad im Rheingau-Taunus-Kreis und im Hochtaunuskreis wurde erneut als Qualitätswanderweg zertifiziert. Die Verleihung des Zertifikats soll in einer digitalen Veranstaltung im Dezember 2020 erfolgen.

Zur Bewerbung des Limeserlebnispfades sollen ein neuer Flyer und ein neues Onlineangebot erstellt werden. Zur kreisübergreifenden Darstellung des Limeserlebnispfades hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die aus Vertretern des Hochtaunuskreises, des Rheingau-Taunus-Kreises, der Naturparke Taunus und Rhein-Taunus sowie Mitarbeitenden des Taunus-Touristik-Service besteht. Gemeinsam werden Vermarktungsideen entwickelt.

Büro für Gleichstellungsfragen und Frauenangelegenheiten

Gemeinsam mit dem Fachbereich Sozialverwaltung wird an der Erarbeitung eines digitalen Familienwegweisers gearbeitet. Hier sollen Familien alle für sie wichtigen und aktuellen Informationen abrufen können.

Mit personeller Unterstützung des Gleichstellungsbüros wurde im Fachdienst Migration im Oktober das Projekt „Starke Mädchen“, ein Selbstbehauptungsangebot für Mädchen und junge Frauen mit Fluchthintergrund, realisiert. 14 Mädchen aus allen Gemeinschaftsunterkünften konnten in der Sportschule Wing Tsun (Bad Schwalbach) an mehrtägigen Workshops teilnehmen. Es wurden viele praktische Übungen zur Selbstverteidigung trainiert.

Diese Treffen stärken das Selbstvertrauen und das Sicherheitsgefühl der Mädchen. Es wird über eine Fortführung des Projektes mit finanzieller Unterstützung durch das Büro GF nachgedacht.

Fachbereich I - Zentrale Steuerung

Service-Nummer 115

Das Servicecenter Ludwigshafen leitet dem Fachdienst I.2 pro Woche etwa drei Auskunftsanfragen zur Weiterverteilung an die zuständigen RTK-Dienststellen zu. Hochgerechnet auf ein Jahr sind dies etwa 150 Anfragen. Nach Erhalt der Antworten erteilt das Servicecenter den Anrufern bei der 115 die entsprechenden Auskünfte.

Da das Servicecenter noch in keinem Fall eine zusätzliche Nachfrage hatte, ist von einem insgesamt guten Antwortverhalten unserer Organisationseinheiten auszugehen.

Die Statistik für 2020 wird uns erst Anfang des nächsten Jahres vorliegen. Aktuell ist noch keine verlässliche Angabe zum RTK-bezogenen Fallaufkommen beim Servicecenter Ludwigshafen und zu nachgefragten Sachverhalten bzw. betroffenen Organisationsteilen unserer Verwaltung möglich.

Die Beschäftigten in unserer Telefonzentrale berichten von einem unverändert hohen Anrufaufkommen im Bereich des Zentralrufs (ca. 120 pro Arbeitstag, entsprechend rund 30.000 pro Jahr), ungeachtet des Serviceangebotes 115.

Zu etwa einem Drittel handelt es sich um wiederholte / neuerliche Anrufe, die beim Erstanruf nicht durchgestellt werden konnten.

Für das Serviceangebot 115 spricht zumindest die zugesagte Erreichbarkeit von montags bis freitags in der Zeit von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr.

Insgesamt sind wir aber noch davon entfernt, dass die 115 eine große Entlastung oder gar einen Ersatz für unsere Telefonzentrale darstellen könnte. Eher noch ist mit künftigen Mehrbelastungen, auch im Bereich der Telefonzentrale, zu rechnen: Teilzeitarbeit und Homeoffice erschweren tendenziell die Weiterleitung / Vermittlung eingehender Anrufe.

Fachdienst Personalmanagement

Entsprechend der Anweisung des Dienststellenleiters werden massiv personelle Ressourcen in die Bearbeitung der Personalangelegenheiten des FD II.7 (Gesundheitsamt) investiert, so dass die Bearbeitung der sonstigen Vorgänge und Anliegen eine nachgeordnete Priorität genießt.

Dies stellt das Team vor zusätzliche erhebliche Herausforderungen, da auch in den anderen Verwaltungsbereichen der Dienstbetrieb weitergehen muss und entsprechende personelle Maßnahmen durchzuführen sind.

Trotz Einarbeitung neuer Kolleginnen und Kollegen, derzeit freien Stellenanteilen und bevorstehender personeller Veränderungen innerhalb des Fachdienstes Personalmanagement unterstützen zwei Kolleginnen das Bürgertelefon bzw. die Schnelle-Hilfe-Gruppe.

Die Abordnungsverfahren von Beschäftigten von Bundes-, Landes- bzw. Kommunalbehörden verursachen zusätzlich zu den laufenden Besetzungsverfahren für Aushilfskräfte für den Fachdienst II.7 nicht unerheblichen Aufwand.

Weiterhin müssen tariflich zulässige Möglichkeiten gefunden werden, um die bisherigen Leistungen der in der Corona-Pandemie besonders belasteten Beschäftigten zusätzlich zum Leistungsentgelt nach der entsprechenden Dienstvereinbarung zu würdigen. Die Zahlbarmachung soll noch in diesem Jahr erfolgen.

Fachdienst Schulen, Hochbau und Liegenschaften

Generalsanierung IGS Obere Aar und Berufliche Schulen Untertaunus - Einbindung der Kreisgremien hinsichtlich der Entwicklung der Gesamtkosten (Presseberichterstattung vom 20. Oktober 2020)

Die Entwicklung der Gesamtkosten für die Sanierungsmaßnahmen an der IGS Obere Aar und den Beruflichen Schulen Untertaunus sowie die Einbindung der Kreisgremien stellt sich wie folgt dar:

- Ursprüngliche Gesamtkosten von 23,1 Mio. Euro, basierend auf der Kostenberechnung von RSE; Anmeldung im Investitionsprogramm 2013 - 2017 => Haushaltsberatungen
- Erhöhung der Gesamtkosten auf 29,8 Mio. Euro, Anmeldung im Investitionsprogramm 2017 - 2021 => Haushaltsberatungen
- Erhöhung der Gesamtkosten auf 35,9 Mio. Euro, Anmeldung zum Investitionsprogramm 2018 - 2022 (dtw. IPRO 2019 - 2023 und IPRO 2020 - 2024) => Haushaltsberatungen
- KA 14. Mai 2018: Bericht der Verwaltung zum Sanierungsstand mit Information, dass sich die Gesamtkosten von 23,1 Mio. Euro auf 35,9 Mio. Euro erhöhen.
- KA 11. März und 17. Juni 2019: Sachstandsberichte durch Generalplaner und Projektsteuerer; die Präsentation beinhaltet ebenfalls das Gesamtvolumen von rd. 35,9 Mio. Euro; Stellungnahme durch FBL I zur ursprünglichen Kostenberechnung RSE, dass diese im Nachhinein nicht korrekt gewesen sei und daher durch agn Neuberechnungen vorgenommen wurden (KA 17. Juni 2019).
- KT 27. März 2019: Statusbericht der Verwaltung für den Bericht des Landrats im KT; im Statusbericht sind die Gesamtkosten von 35,9 Mio. Euro erwähnt.
- KA 23. September 2019: Statusbericht 2 der Projektsteuerung, in dem die Gesamtkostenberechnung von 35,9 Mio. Euro ersichtlich ist; gleiches gilt für die folgenden Statusberichte.
- KA 27. April 2020, JuBiS 28. Mai 2020, KT 9. Juni 2020: Beantwortung des Berichtsantrages Nr. 10/20 der FDP-Fraktion; in der Antwort zu Frage 2 ist die Kostenentwicklung von ursprünglich 23,1 Mio. Euro auf 35,9 Mio. Euro benannt.
- HFA 5. Juni 2020: Der Niederschrift wurde der Statusbericht 3 (KA 30. März 2020) beigelegt. Künftige Berichte werden neben KA auch HFA zur Verfügung gestellt.
- KA 5. Oktober 2020, HFA 16. Oktober 2020: Vorlage Statusbericht 5 der Projektsteuerung.

Sofortausstattungsprogramm Schülerendgeräte

Aus dem Sofortausstattungsprogramm hat der Kreis Bundes- und Landesmittel in Höhe von insgesamt 909.188,00 Euro erhalten. Damit konnten 1.384 iPads und entsprechendes Zubehör (Ladekabinette, Hüllen, Kabel) beschafft werden. Die Kosten für Management-Lizenzen und Apps trägt der Kreis selbst.

Bisher wurde ungefähr die Hälfte der bestellten iPads geliefert, die ausstehenden Geräte sind für Ende Dezember 2020/Anfang Januar 2021 zur Lieferung angekündigt (Verzögerung beim Hersteller Apple aufgrund der großen Nachfrage).

Die iPads sind zur Ausleihe an Schülerinnen und Schüler gedacht, die für den Fall der Distanzbesuchung zu Hause über kein Endgerät verfügen.

Schulprojekt Gutenbergschule Eltville (Hauptschulangebot)

Eine Genehmigung seitens des HKM liegt noch nicht vor. Auf Nachfrage teilte das Ministerium mit, dass der Antrag noch in Bearbeitung sei.

Mobile Working und Home Office (Zwischenbericht)

Im Zuge der Konzepterstellung Mobile Working und Home Office wurde eine Pilotgruppe aus Mitarbeitenden der verschiedensten Bereiche der Kreisverwaltung gebildet. Auf Basis der Erfahrungen dieser Pilotgruppe soll sodann eine Gesamtkonzeption erstellt werden.

Im Bereich Jugendhilfe im Strafverfahren (Fachdienst II.5) wurde bereits ein Pilotprojekt mobiles Arbeiten und Home-Office durchgeführt und soll evaluiert werden. Auch diese Erkenntnisse fließen sodann in die Gesamtkonzeption ein.

Die bisherige Dienstvereinbarung über alternierende Telearbeit wurde bereits komplett überarbeitet in eine neue DV Home-Office, die auch schon in Kraft getreten ist. Die erweiterten Möglichkeiten, die die DV bietet, werden bereits rege von den Beschäftigten genutzt.

Zur Begleitung der Weiterentwicklung der Dienstvereinbarung Homeoffice ist eine Kommission eingerichtet, die sich mit Fragen der Anpassungen und Ausdehnung der Möglichkeiten befassen wird.

Fachbereich II - Leistungsverwaltung

Bericht der Dezernentin für Jugend, Gesundheit und Fairtrade zur Umsetzung des Gesundheitsgutachtens im Rheingau-Taunus-Kreis

Bürger-Onlinebefragung „Gesundheit und Pflege“

Die Vorbereitung der Bürger-Onlinebefragung „Gesundheit und Pflege“ im RTK wird Ende November/Anfang Dezember 2020 online gestellt. Die Dauer der Befragung ist bis Anfang Januar 2021 (Ende der Weihnachtsferien) vorgesehen. Die Auswertung erfolgt im Januar 2021. Die Befragung soll über den Zeitpunkt der Online-Stellung hinaus auch analog verteilt werden (z.B. an Interessensvertreter einzelner Gruppierungen im Gesundheitsbereich).

So können Wünsche und Ideen der Bevölkerung schrittweise in weitere Maßnahmenplanungen einbezogen werden.

„Runder Tisch Hospiz- und Palliativversorgung im Rheingau-Taunus-Kreis“

Am 29. Oktober 2020 fand ein erster „Runder Tisch Hospiz- und Palliativversorgung im Rheingau-Taunus-Kreis“ mit sieben Teilnehmenden statt, um die Netzwerkarbeit auf den Weg zu bringen. Weitere Veranstaltungen werden im nächsten Jahr folgen.

Gesundheitspräventionspreis 2020

Alle Preisträgerinnen und Preisträger für den Gesundheitspräventionspreis 2020 sind im November informiert worden. Vorgesehen ist zum 10. Dezember 2020 eine Pressemeldung vorzubereiten. Ein Erklärvideo mit der Gesundheitsdezernentin und Initiatorin zu den Hintergründen des Preises, einschließlich einer Beglückwünschung, wird im Laufe des Monats Dezember 2020 zur Verfügung stehen.

RTK wird neues Mitglied bei der HAGE e.V.

Heute soll der Rheingau-Taunus-Kreis bei der Mitgliederversammlung (Videokonferenz) der HAGE als neues Mitglied bei der HAGE - Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V. - aufgenommen werden. Die Gesundheitskoordinatorin wird dazu den Kreis und seine Aktivitäten im Gesundheitsbereich kurz vorstellen.

Image-Film Gesundheitsamt

Ein geplanter kurzer Image-Film über das Gesundheitsamt des Rheingau-Taunus-Kreises wird voraussichtlich Anfang des Jahres 2021 realisiert.

Bewilligungsbescheid HMSI - Gesundheitskoordination

Der Bewilligungsbescheid des HMSI zur Förderung der Gesundheitskoordination für die Haushaltsjahre 2020 bis 2024 im Rahmen einer Festbetragsfinanzierung ist beim Rheingau-Taunus-Kreis am 11. November 2020 eingetroffen.

Kompetenzzentrum Pflege

Im August hat der Fachdienst Soziales berichtet, dass das Land Hessen die Förderung von Modellprojekten zur Ergänzung der bestehenden Pflegeberatung um ein individuelles Case Management und den Ausbau der Vernetzung in einem oder mehreren Pflegestützpunkten beschlossen hat. Drei Landkreise wurden inzwischen für die Förderung ausgewählt. Dies sind, neben dem Rheingau-Taunus-Kreis, der Schwalm-Eder-Kreis und der Main-Kinzig-Kreis. Erste Gespräche haben im HMSI stattgefunden. Aufgrund des fortgeschrittenen Jahres hat das Ministerium den Beginn der Förderung ins nächste Jahr verschoben. Der neue Förderzeitraum ist damit von 2021 bis 2023. Wir wurden zur Antragstellung aufgefordert.

Bei den Gesprächen im HMSI wurden weitere inhaltliche Vorgaben an den Landkreis herangetragen. D. h., in den Modellvorhaben sollen insbesondere Versorgungsstrukturen entwickelt werden, die sektorenübergreifend zum Gesundheitsbereich, wie z.B. der Gemeindegewalt 2.0 und ehrenamtlichen Initiativen, aber auch zu den Handelnden im Gesundheitsbereich (Ärzte, Ergotherapie, Physiotherapie u.a.) eine Vernetzung herstellen. Neben der Vernetzung der Pflegestützpunkte im Gesundheitsbereich sollen die Pflegebedürftigen individuell beraten und betreut werden, auch während der angelaufenen Pflege. Die ausgewählten Landkreise wurden aufgefordert sich zu dem Projekt auszutauschen und abzusprechen, damit Ergebnisse vergleichbar werden.

Zum Jahresanfang 2021 wird es im Pflegestützpunkt eine weitere Veränderung geben. Der Pflegestützpunkt wird digital. Die Webseite des Kreises wird mit einem „digitalen Pflegefenster“ verknüpft. Informationen rund um die Pflege werden damit jederzeit abrufbar sein. Das Angebot ist als Ergänzung zu sehen und nicht als Ersatz für eine persönliche Beratung.

Arbeitsmarktsituation

Zum Zeitpunkt der Berichterstellung hatte die Bundesagentur für Arbeit den Arbeitsmarktreport für den November 2020 noch nicht veröffentlicht, weshalb nur über die Arbeitsmarktsituation im Oktober 2020 berichtet werden kann.

Die Arbeitslosenquote im Rheingau-Taunus-Kreis liegt im Oktober 2020 mit 4,7 Prozent weiterhin unter der landesweiten Quote von 5,6 Prozent.

Die Arbeitslosenquote und die absolute Zahl der arbeitslosen Personen ist im Oktober 2020 weiter gesunken. Während die Arbeitslosenquote im September noch bei 4,8 Prozent lag, verringerte sie

sich im Oktober auf 4,7 Prozent. Die Zahl der arbeitslosen Personen reduzierte sich von 4.839 auf 4.735 Personen. Im Bereich des SGB II reduzierte sich die Zahl der arbeitslosen Personen im Oktober 2020 um 24 Personen auf 2.598 Personen gegenüber dem Vormonat. Die Arbeitslosenquote SGB II lag bei 2,6 Prozent.

Im September 2020 betreute das Kommunale JobCenter 4.536 Bedarfsgemeinschaften mit 9.331 Personen, im Oktober 2020 hat sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften auf 4.389 mit 9.013 Personen reduziert. Ob dieser Rückgang weiter anhält, wird zu beobachten sein.

Des Weiteren sind eventuelle Auswirkungen des derzeitigen Lockdowns auf verschiedene betroffene Wirtschaftszweige, beispielsweise die Gastronomie, abzuwarten.

Frühe Hilfen

Das Angebot der Familiensprechstunden in Kinderarztpraxen als Gemeinschaftsprojekt der Jugendhilfe und des Gesundheitswesens ist um einen Standort in Rüdesheim erweitert worden.

Jugendbildungswerk

Das Jugendbildungswerk hat ein neues Programm für das Jahr 2021 entwickelt. Unter Berücksichtigung der aktuellen Situation wurde ein „gemischtes“ Programm gesetzt. Das Programm beinhaltet wie gewohnt Bildungsreisen und Tagestouren, die ab dem Frühjahr 2021 angeboten werden sollen. Für den Jahresbeginn steht den Kindern und Jugendlichen des Kreises zudem ein Online-Programm zur Verfügung. Dabei ist eine Kombination von Workshops (Bullet-Journaling-Workshop zum Thema Produktivität und Planungshilfen) und Online-Spiele (Actionbound-Lizenz - digitale Schatzsuche) geplant.

Virtuelle Demokratiewoche

Im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie im Rheingau-Taunus-Kreis wird vom 30. November 2020 bis 6. Dezember 2020 eine digitale Demokratiewoche durchgeführt. Hierzu wurde ein individuelles, digitales Programm entwickelt, an welchem sich die Jugendlichen zu unterschiedlichen Zeiten flexibel beteiligen können.

Als Auftakt wird ein Impulsvortrag zur Frage „Wie Jugend sich Gehör verschaffen kann“ von Myriam Rapior (Bundjugend) auf der Vimeo-Plattform online gestellt. Weitere Programmpunkte werden eine Onlineumfrage zur Jugendbeteiligung und ein Demokratieboard sein.

Schülerwettbewerb: Demokratie stärken – Mach mit!

Im Oktober wurde der Schülerwettbewerb an allen Schulen im Rheingau-Taunus-Kreis sowie in den kommunalen Jugendpflegen und innerhalb der Schulsozialarbeit ausgeschrieben.

Innerhalb dieses Wettbewerbs, der durch das Jugendbildungswerk organisiert wurde, konnten die Schülerinnen und Schüler alle Ideen und Anliegen zum Thema „Demokratie“ auf verschiedenste Weise darstellen und einreichen (Podcasts, Präsentationen, Filme etc.).

Trotz der schwierigen Situation, bedingt durch die Corona-Krise, sind drei Beiträge eingegangen:
Grundschule: Sonnenschule (Klasse 4): Filmbeitrag zum Thema Demokratie stärken.

Weiterführende Schule: IGS -Wallrabenstein (Klasse 6): Filmbeitrag.

Jugendparlament: Eingereicht durch eine Schülerin aus Niedernhausen: Filmbeitrag.

Die Preisverleihung findet am 3. Dezember 2020 an den jeweiligen Schulen statt und wird von der Dezernentin für Jugend, Gesundheit und Fairtrade, Frau Monika Merkert, unter Einhaltung der Corona-Bedingungen, durchgeführt.

Stille Helden

Die Gala zur Ehrung der „Stillen Helden“ wird nicht als Präsenzveranstaltung stattfinden. Es wird vielmehr ein Besuch bei den Preisträgern und Nominierten erfolgen. Dabei wird die Laudatio von den Jugendlichen selbst gehalten und es erfolgt eine filmische Begleitung.

Sämtliche Videobeiträge, die bezüglich des Engagements der Bewerberinnen und Bewerber selbst erstellt wurden und die Grußworte der Schirmherren werden als Videobeitrag auf der Seite der „Stillen Helden“ veröffentlicht werden.

Erziehungsberatung

Die Anmeldezahlen in der Familienberatungsstelle sind weiterhin hoch. Zunehmend mehr Väter suchen eigenständig die Familienberatungsstellen auf oder sind bereit, an der Familien- oder Paarberatung teilzunehmen. Das Konzept zur Beratung bei Gewalt in Familien ist fertiggestellt worden.

Kindertagesstätten-Entwicklungsplan

Am 12. November 2020 ist den Städten und Gemeinden der Kindertagesstätten-Entwicklungsplan 2020 bis 2022 vorgestellt worden. Während der Versorgungsgrad für die Kinder unter drei Jahren kreisweit mit durchschnittlich 47,0 Prozent zufriedenstellend ist, gibt es bei der Versorgung der drei- bis sechsjährigen Kinder mit durchschnittlich 87,4 Prozent teilweise erhebliche Lücken.

Im Rheingau-Taunus-Kreis ist erstmals seit sieben Jahren die Zahl der Geburten gesunken. Ebenso weiter gesunken ist die Anzahl der eingeschulden möglichen „Kann“-Kinder.

Fachbereich III - Ordnungsverwaltung

BREXIT

Am 24. November 2020 ist das Gesetz zur aktuellen Anpassung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer Vorschriften an das Unionsrecht in Kraft getreten.

Dieses regelt unter anderem die weitere Rechtstellung britischer Staatsangehöriger und ihrer Familienangehörigen nach Ablauf des Übergangszeitraums, der am 31. Dezember 2020 enden wird.

Im Wesentlichen haben hiernach entsprechend dem Austrittsabkommen Personen, die bis dahin zum Aufenthalt oder zum Arbeiten in Deutschland berechtigt waren und von diesem Recht Gebrauch gemacht hatten, dieselben Rechte wie vor dem Austritt.

Die Ausländerbehörde wird daher den betreffenden Personenkreis demnächst anschreiben und über die weiteren erforderlichen Schritte informieren.

Bericht aus dem Fachdienst Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienste

Der Fachdienst III.3 (Brandschutz, Katastrophenschutz, Integrierte Leitstelle, Rettungsdienst) ist neben dem Öffentlichen Gesundheitsdienst in besonderem Maße durch die andauernde Corona-Pandemie belastet.

Der Katastrophenschutz hat unter der Verantwortung des ÖGD die Aufgaben des Aufbaues und des Betriebes des Impfzentrums für den Rheingau-Taunus-Kreis und die Organisation der mobilen Impfgruppen übernommen.

Nach Übersendung des entsprechenden Einsatzbefehls des HMdIS am 23. November 2020 arbeitet der hierfür vorgesehene Führungsstab. Die Katastrophenschutzeinheiten wurden vonseiten des Landes für Unterstützungsarbeiten freigegeben.

Hierbei stellt sich die enge Personaldecke, die insbesondere im Katastrophenschutz lediglich für maximal den Alltagsbetrieb der allgemeinen Verwaltung ausgelegt ist, als Problemfeld dar.

Weiter gibt es schon zu normalen Zeiten zu wenig Besprechungsräumlichkeiten für eine mittlere Anzahl an Personen (5 – 15 Personen). Auch wenn in Corona-Zeiten oft auf Telefon oder Videokonferenzen ausgewichen werden kann oder muss, ist dies kein Allheilmittel und sicher kein vollwertiger Ersatz in der stabsmäßigen Abarbeitung einer Krise.

Die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes in der Integrierten Leitstelle muss und hat für uns natürlich oberste Priorität und dies nicht nur deshalb, weil auch unsere Leitstelle den Öffentlichen Gesundheitsdienst nach Möglichkeit unterstützt.

Digitalisierung in der Bauaufsicht

Das Projekt zum Onlinebauantrag schreitet weiter fort. Anfang 2021 soll es erste landesweite Workshops zum Thema digitale Antragstellung geben.

Kundenbearbeitung in den Kfz-Zulassungsbehörden während der Corona-Pandemie

Im Vergleich mit den beiden Vorjahren haben die Zulassungsbehörden bei der Vorgangsbearbeitung im Kundenverkehr folgende Leistungen erbracht (Stand 31. Oktober 2020):

Bad Schwalbach 102,70 Prozent

Rüdesheim am Rhein 90,50 Prozent

Idstein 74,63 Prozent

Bei den vorstehenden Zahlen ist zu bedenken, dass im Herbst 2020 die Zulassungsanträge gegenüber den beiden Vorjahren rückläufig sind.

Die Wartezeit auf einen online buchbaren Termin beträgt derzeit für die Zulassungsbehörde Bad Schwalbach knapp unter zwei Wochen. Es ist zu berücksichtigen, dass an zwei Tagen pro Woche keine Termine online gebucht werden können (offene Sprechzeit). Die entsprechende Wartezeit auf einen Termin bei der Zulassungsbehörde Rüdesheim am Rhein liegt bei etwa einer Woche.

Zwei neue Bedienstete der Zulassungsbehörden befinden sich am Ende der Einarbeitungsphase. Zwei weitere Stellen (19,5 und 30 Wochenstunden) sind in der Besetzungsphase.

Zulassung Bad Schwalbach

In Bad Schwalbach kommen an den Sprechtagen ohne vorherige Terminvereinbarung (montags und mittwochs) 30 Pager zum Einsatz, damit sich die Kundschaft vom Eingangsbereich entfernen kann und einer Warteschlangenbildung entgegengewirkt wird. Die Pager werden gut angenommen. Für die an den offenen Sprechtagen wartenden Kunden steht ein beheiztes Zelt zur Verfügung. Dieses wird aktuell nur sporadisch angenommen; es befinden sich maximal 5 bis 6 Personen gleichzeitig im Zelt. Die überwiegende Anzahl der Kunden warten im Auto oder bei gutem Wetter vor dem Eingang. Pro Vormittag werden ca. 40 bis 50 Wartemarken an die Kundschaft ausgegeben. Alle Privatpersonen, die während der Sprechzeit erscheinen, werden bedient.

Dienstags, donnerstags und freitags werden nur Kunden nach vorheriger Terminreservierung bedient. Mittlerweile nehmen ca. 85 bis 90 Prozent der Kunden ihre gebuchten Termine auch wahr.

Gewerbliche Kunden (Autohändler, Zulassungsdienste) geben ihre Anträge vormittags ab. Diese Anträge werden montags bis donnerstags an den Nachmittagen abgearbeitet und am darauffolgenden Werktag vormittags abgeholt.

Zulassung Idstein

In Idstein kommen an den Sprechtagen ohne vorherige Terminvereinbarung (montags und donnerstags) nun auch 30 Pager zum Einsatz, damit sich die Kundschaft vom Eingangsbereich entfernen

kann und einer Warteschlangenbildung entgegengewirkt wird. Die Pager werden gut angenommen. Für die wartenden Kunden stehen aktuell zwei offene Zelte zur Verfügung. Diese sollen durch ein beheiztes Zelt ersetzt werden, welches sich derzeit im Aufbau befindet. Im großen Wartebereich der Zulassungsbehörde dürfen sich derzeit max. 10 Personen aufhalten. Pro Vormittag werden im Durchschnitt 40 bis 45 Wartemarken ausgegeben. Alle Privatpersonen, die während der Sprechzeit erscheinen, werden bedient.

Gewerbliche Kunden (Autohändler, Zulassungsdienste) können ihre Anträge nach taggleicher Anmeldung dienstags, mittwochs und freitags abgeben. Nach Bearbeitung erfolgt die Rückgabe am nächsten Händlerstag.

Zulassung Rüdesheim am Rhein

Montags bis freitags werden nur Kunden nach vorheriger Terminreservierung bedient. Mittlerweile nehmen ca. 95 Prozent der Kunden ihre gebuchten Termine auch wahr.

Gewerbliche Kunden (Autohändler, Zulassungsdienste) geben ihre Anträge vormittags ab. Diese Anträge werden montags bis donnerstags an den Nachmittagen abgearbeitet und am darauffolgenden Werktag vormittags abgeholt.

Sachstand alternative Identifikationsverfahren in der Zulassungsbehörde

Basierend auf dem Erlass des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen vom 1. Oktober 2020 kann, um das i-Kfz-Verfahren vereinfacht verfügbar zu machen, befristet bis zum 30. Juni 2021 auf die Identifizierung mit der eID-Funktion verzichtet werden. Eine Identifizierung des Antragstellers durch die Zulassungsbehörde muss dann aber auf anderem Weg erfolgen (Hochladen der kopierten Vorder- und Rückseite des Personalausweises).

Um die alternative Identifizierung zu ermöglichen, muss die Identifizierung durch Nutzung der Online-ID-Funktion des Personalausweises jedoch grundsätzlich deaktiviert werden. Eine gleichzeitige bzw. wahlweise Nutzung beider Verfahren ist laut Auskunft von ekom21 nicht möglich. Das heißt, dass Kunden, die die elektronische Ausweisfunktion freigeschaltet haben und diese im i-Kfz-Verfahren nutzen könnten, diese nicht nutzen können, sondern gezwungen sind, ihren kopierten Personalausweis ins Verfahren hochzuladen.

Des Weiteren findet mit Deaktivierung der Online ID-Funktion kein Abgleich der während des Zulassungsvorgangs eingegebenen Halterdaten mit dem Einwohnermeldeamt mehr statt. Sofern die eingegebenen Daten mit den in der Versicherungsbestätigung hinterlegten Daten übereinstimmen, wird der Zulassungsvorgang systemseitig nicht abgebrochen, auch wenn diese Daten nicht den im Personalausweis angegebenen Angaben entsprechen (z. B. Eingabe nur eines Nachnamens bei einem Doppelnamen). Der Abgleich der Daten findet ausschließlich bei der abschließenden Prüfung durch den Sachbearbeiter der Zulassungsbehörde statt, der dann ggf. die Zulassung ablehnen und stornieren, sowie veranlassen muss, dass die bereits getätigte PayPal-Zahlung an den Kunden zurücküberwiesen wird.

Auch ist hier noch keine Aussage darüber bekannt, ob das Hochladen der kopierten Vorder- und Rückseite des Personalausweises mit dem Datenschutz vereinbar ist. Laut ekom21 arbeitet zum jetzigen Zeitpunkt keine Zulassungsbehörde in Hessen mit der Upload-Funktion zwecks Identifizierung, sondern ausschließlich wie bisher mit der Online ID-Funktion des Personalausweises.

Die hiesige Zulassungsbehörde steht in Kontakt mit ekom21, um eine Lösungsmöglichkeit zu finden, das i-Kfz-Verfahren vereinfacht verfügbar zu machen, ohne dass Nachteile für die Antragsteller entstehen und/oder die Verwaltung durch vermeidbare Mehrbelastung in ihrer Tätigkeit behindert wird. Diesbezüglich wird sich die hiesige Zulassungsbehörde auch mit anderen hessischen, an die ekom21 angeschlossenen Landkreisen austauschen.

Tierseuchen

Im Hinblick auf die nahende Geflügelpest wurden die mobilen Hühnerhalter und die Vereinsvorsitzenden der Geflügelzuchtvereine in den Rhein-Anliegergemeinden angeschrieben und auf die Einhaltung der Biosicherheitsmaßnahmen und eine mögliche Aufstallungspflicht hingewiesen.

Es ist zu erwarten, dass die Geflügelpest den Rheingau-Taunus-Kreis bereits vor der Afrikanischen Schweinepest betreffen wird. Die Vorbereitungen im Hinblick auf die Afrikanische Schweinepest werden gleichwohl mit Hochdruck weiterbetrieben. Derzeit laufen Bestellvorgänge hinsichtlich der Bergeutensilien.

Bad Schwalbach, 1. Dezember 2020



Frank Kilian
Landrat

ANLAGE: Bericht über die Arbeit des Krisenstabes zur Bekämpfung des Corona-Virus' im Rheingau-Taunus-Kreis

Derzeitige Mitglieder des Krisenstabes und Fachberater für den jeweiligen Bereich:

- Herr Landrat Frank Kilian
- Frau Kreisbeigeordnete Monika Merkert
- Herr Kreisbeigeordneter Dr. Herbert Koch
- Frau Andreea Seifert als stellvertretende Leiterin des Gesundheitsamtes
- Herr Joachim Dreier als Fachdienstleiter Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst
- Herr Reiner Oswald als stellvertretender Fachdienstleiter Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst
- Herr Kurt-Michael Schardt als Fachbereichsleiter Zentrale Steuerung
- Herr Stefan Krebs als Fachbereichsleiter Ordnungsverwaltung
- Frau Liane Schmidt als Fachbereichsleiterin Leistungsverwaltung und Leitung des Krisenstabes
- Herr Ralf Bachmann als Leiter des Stabsbereichs
- Herr Dr. Christoph Zehler als Pressesprecher der Verwaltung
- Frau Kerstin Wachter als Vertreterin der Pressestelle für Social Media und Homepage
- Frau Simone Witzel und Frau Daniela Grund-Thorn als Vertreterinnen des Bürgertelefons
- Herr Steffen Kunz als Vertreter des Personalrats

Der Krisenstab wird einmal wöchentlich durch die Kompetenzen externer Fachberater erweitert. Zusätzlich nehmen an diesem Verwaltungsstab teil:

- Herr Bürgermeister Klaus Zapp als Vertreter der Bürgermeister im Landkreis
- Herr Kriminalhauptkommissar Heßberg als Vertreter der Polizeidirektion

Die Vertreter der Bundeswehr nehmen seit dem Beginn der Sommerferien nicht mehr an den Sitzungen des Verwaltungsstabes teil, sondern erstatten schriftlich Bericht. Ebenso wird die Verbindung zum Technischen Hilfswerk aufrechterhalten.

Seit der Einrichtung bis zum Berichtsdatum hat der Krisenstab 113 und der Verwaltungsstab 38 Sitzungen absolviert.

In den letzten Wochen wurden folgende Schwerpunktthemen im Krisen- und Verwaltungsstab bearbeitet:

1. Information und Beratung der Bürgerinnen und Bürger

Bereits Ende Februar 2020 wurde das Bürgertelefon eingerichtet. Dies war erforderlich, um die Fragen der Bürgerinnen und Bürger fachlich kompetent und zeitnah beantworten zu können. Insgesamt haben bis heute ca. 70 Mitarbeitende am Bürgertelefon mitgewirkt.

Das Bürgertelefon ist derzeit montags von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr und von dienstags bis freitags von 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr besetzt. Bis einschließlich 23. November 2020 wurden 6.927 Anrufe angenommen. Die Bürgerinnen und Bürger wenden sich sowohl mit ihren Sorgen als auch mit inhaltlichen Fragen zur Pandemie ans Bürgertelefon. Das Bürgertelefon wird auch über die Festtage im Dezember besetzt sein.

2. Öffentlichkeitsarbeit

Im Krisenstab wird auch die Pressearbeit zum Thema Corona koordiniert und die Bevölkerung über die aktuellen Geschehnisse informiert. Dabei besteht der Anspruch, zeitnah und transparent zu informieren, um Gerüchten und Spekulationen vorzubeugen.

Bei aktuellen Anlässen wird aber auch über Pressemitteilungen die Bevölkerung aufgerufen, die AHAL-Regeln einzuhalten und so zur Eindämmung der Infektion beizutragen.

Die Infektionszahlen werden einmal wöchentlich mittwochs und die 7-Tages-Inzidenz werktäglich in einer Liste nach Städten und Gemeinden aufgeteilt auf der Homepage und auf Facebook veröffentlicht. Aufgrund der steigenden Fallzahlen in den letzten Wochen wird die 7-Tages-Inzidenz auch als Verlaufskurve dargestellt.

Auf der Homepage wurde zudem ein gesamter Bereich zum Thema Corona angelegt, in dem die Bürger*innen viele nützliche Informationen finden. In den Social Media wird ebenfalls transparent über die aktuellen Ereignisse zum Thema Corona berichtet. Aus dem daraus entstehenden Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern konnte eine direkte Schnittstelle zum Krisenstab aufgebaut werden.

3. Absonderung von erkrankten Personen und Ermittlung von Kontaktpersonen

Der Bericht des Gesundheitsamtes eröffnet jede Sitzung und beschreibt das aktuelle Infektionsgeschehen, die getroffenen Quarantänemaßnahmen und die Nachverfolgung der Kontaktpersonen. Trotz der seit Mitte Oktober auch im Rheingau-Taunus-Kreis rasant angestiegenen Infektionszahlen ist es dem Gesundheitsamt bisher immer gelungen, die Kontaktnachverfolgungen aufrecht zu erhalten. Dies war aber nur möglich, weil der Fachdienst von Mitarbeitenden aus verschiedenen Fachbereichen und Fachdiensten der Kreisverwaltung sowie von weiterem externen Personal unterstützt wurde (Siehe dazu Punkt 9). Die reguläre Arbeit des Gesundheitsamtes muss in vielen Bereichen weiterhin zurückstehen. Durch die zuletzt stark angestiegenen Neuinfektionen arbeiten viele Mitarbeitende inzwischen an der Belastungsgrenze.

4. Umsetzung der Verordnungen der Landesregierung zur Bekämpfung des Corona-Virus und die eigenen Allgemeinverfügungen des Rheingau-Taunus-Kreises

In der zweiten Oktober-Hälfte hatte der Rheingau-Taunus-Kreis einige Allgemeinverfügungen erlassen, von denen alle bis auf eine durch die geänderten Verordnungen nach der Videokonferenz der Bundeskanzlerin und der Regierungschefs der Bundesländer am 28. Oktober 2020 obsolet geworden sind. In Kraft ist noch die Allgemeinverfügung zur Maskenpflicht in den Fußgängerzonen im Kreis.

5. Sicherstellung des Transportes mit dem Rettungsdienst in geeignete Kliniken und Sicherstellung von Betten- und Beatmungskapazitäten in den Kliniken

Der Rettungsdienst berichtet in jeder Sitzung des Krisenstabes über seine Einsätze mit dem Index Corona und über die verfügbaren Behandlungskapazitäten. Bisher ist es zu keiner nennenswerten Einschränkung der Betriebsfähigkeit des Rettungsdienstes gekommen. Seit dem erneuten starken Anstieg der Infektionszahlen sind die Rettungswachen analog zum vergangenen Frühjahr wieder dezentralisiert worden.

Seit dem 18. November 2020 ist eine Plateauentwicklung bei den rettungsdienstlichen Zuweisungen in die Krankenhäuser erkennbar. Seit dem 23. November 2020 wurde auf Grund der stabilen Lage im Rettungsdienst die tägliche Abstimmungskonferenz vorerst ausgesetzt. Sollte die Lage

wieder instabiler werden, wird die tägliche Abstimmungskonferenz wieder einberufen. Der Trend der Bettenbelegung auf den Intensivstationen ist jedoch weiter zunehmend. Die Intensivbetten sind ausgelastet.

Mit Stand vom 30. November 2020 sind im Versorgungsgebiet 15 Betten mit Patienten mit gesichertem Covid-19 belegt, ein Bett ist mit einem Patienten mit Verdacht auf Covid-19 belegt und 9 Patienten mit Covid-19 werden beatmet.

6. Aufbau von Test- und Impfzentren im Rheingau-Taunus-Kreis

Durch einen medizinischen Dienstleister sind im Rheingau-Taunus-Kreis weitere Testkapazitäten geschaffen worden, die sowohl beim Sitz des Dienstleisters, als auch mobil vor Ort in Einrichtungen, Schulen usw. zur Verfügung stehen.

Am Montag, den 23. November 2020, um ca. 11:00 Uhr, ging bei der Integrierten Leitstelle des Kreises der Einsatzbefehl des Landes Hessen zum Aufbau und den Betrieb eines Impfzentrums mit einer Impfkapazität von 1.000 Impfungen pro Tag für eine Dauer von größer einem halben Jahr ein. Ebenfalls wurde die Bildung von mobilen Impfteams zur Impfung von immobilen Personen in z. B. Alten- und Pflegeheimen usw. angeordnet.

Die Federführung zur Umsetzung dieser Maßnahmen liegt beim Öffentlichen Gesundheitsdienst. Zur Unterstützung und Organisation wurde der Führungsstab des Kreises (Vorstufe des Katastrophenschutzstabes) entsprechend beauftragt.

Der Einsatzbefehl ist sehr umfangreich und gibt viele Rahmenbedingungen und Verfahrensweisen vor. Dennoch muss es in weiten Teilen noch Ergänzungen und Erläuterungen geben. Für Fragen der Behörden, die für alle Kreise interessant sind, wurde ein Informationsstrang über die Regierungspräsidien direkt zum Krisenstab der Landesregierung bzw. der eigens hierfür gegründeten Task Force geschaffen. Der Hess. Landkreistag hat ebenfalls eine entsprechende Möglichkeit der Fragen- und Informationsweitergabe direkt zu den in den Ministerien zuständigen Resorts ins Leben gerufen.

Der Führungsstab des Kreises arbeitet seit Dienstag, 24. November 2020, mit Nachdruck an den beiden wichtigsten Problemfeldern:

1. Akquise einer den Vorgaben entsprechenden Immobilie.
2. Personalgewinnung zum Betrieb des Impfzentrums und der mobilen Einheiten

Zu 1.: Nach der Prüfung mehrerer Objekte wurde eine kreiseigene Sporthalle in Eltville als Impfzentrum festgelegt. Die meisten der vorgegebenen Rahmenbedingungen können hier erfüllt werden. Die Halle war die einzig gut geeignete Immobilie. Allerdings müssen auch hier noch weitere Modifizierungen erfolgen, um den Betrieb eines Impfzentrums zu ermöglichen. Hieran wird derzeit mit Hochdruck gearbeitet.

Zu 2.: Zur Personalgewinnung wurden noch am Montag vergangener Woche Gespräche mit den sanitätsdienstlichen Katastrophenschutz-Zügen und den im Landkreis als Leistungserbringer im Rettungsdienst tätigen Hilfsorganisationen aufgenommen. Da die ersten Aktivitäten darauf schließen lassen, dass sich die Suche nach entsprechend qualifiziertem Personal, das dann über mehr als ein halbes Jahr zur Verfügung steht, zu einem großen Problem werden könnte, wurden öffentliche Aufrufe auf diversen Wegen gestartet. Nach den Aufrufen gingen schon über 300 Hilfsangebote aus der Bevölkerung ein.

Im Gesamtablauf der Impfstrategie gibt es noch zwei weitere große Unbekannte. Die IT-Ausstattung inkl. einer Software, die speziell auf die Abläufe einer riesigen Impfkation ausgelegt ist und das gesamte Personenmanagement von der Einladung der zu Impfen über die Terminvereinbarung bis zur Ausstellung der Impfbescheinigung. Diese beiden verknüpften Aufgabenbereiche hat das Land Hessen übernommen und will beides kurzfristig zur Verfügung stellen.

Der Führungsstab erwartet, dass das vorgegebene Ziel der Einrichtung und der Betriebsbereitschaft des Impfzentrums bis zum 11. Dezember 2020 erreicht wird. Wann der zu verabreichende Impfstoff zur Verfügung stehen wird, ist noch unklar, da dieser bislang noch über keine Zulassung verfügt.

7. Beschaffung und Verteilung von Schutzausrüstung und Materialien

Der Katastrophenschutz ist mit Unterstützung einiger Freiwilliger Feuerwehren mit der Zwischenlagerung und anschließenden Verteilung der vom Land zur Verfügung gestellten persönlichen Schutzausrüstung beschäftigt. Seitens des Landes werden umfangreiche Verteilschlüssel vorgegeben.

8. Unterstützung bei der Umsetzung der Maßnahmen in Schulen und KiTas

Im Bereich der Schülerbeförderung konnten zusätzliche Transportkapazitäten eingerichtet werden, um auf stark frequentierten Linien die Anzahl der zu transportierenden Schülerinnen und Schüler pro Bus zu reduzieren. Außerdem wurde die Anschaffung von Raumlüftern für Klassenräume, die nicht ausreichend gelüftet werden können, in Auftrag gegeben. Die Möglichkeit der freiwilligen Testungen für alle Mitarbeitenden, die an Schulen im Kontakt mit Kindern sind sowie für die Erzieherinnen und Erzieher in KiTas wurde vom Land ohne Frist verlängert.

Den Krisenstab erreichen immer wieder Anfragen aus der Bürgerschaft zur Situation in den Schulen. Auch im Krisenstab wurde das Thema Maskenpflicht im Unterricht auch für Grundschülerinnen und -schüler kontrovers diskutiert, obwohl sich das Infektionsgeschehen in den Grundschulen sehr in Grenzen hält und teilweise Schließungen von Grundschulen meist darin begründet sind, dass viele Lehrkräfte unter Quarantäne stehen.

Im Vergleich zu den Grundschulen verläuft der Betrieb an den KiTas deutlich unaufregter, was vom Krisenstab wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde.

9. Personelle Situation des Gesundheitsamtes

In den letzten Wochen war der Krisenstab stark mit den Überlegungen zur personellen Verstärkung des Gesundheitsamtes beschäftigt. Mittlerweile konnte das Gesundheitsamt wie folgt personell verstärkt werden: 8 Neueinstellungen des Kreises, 3 Abordnungen des Bundesverwaltungsamtes/RKI, 4 Abordnungen aus Landesbehörden, 3 Abordnungen aus Bundesbehörden und angekündigte oder bereits eingetroffene Abordnungen aus den Städten Lorch, Oestrich-Winkel und Taunusstein sowie der Gemeinde Schlangenbad.

Aus der Kreisverwaltung sind 23 Personen aus anderen Organisationseinheiten ganz oder teilweise in das Gesundheitsamt abgeordnet worden. Weiterhin wurden drei Schnelle-Hilfe-Gruppen mit insgesamt 104 Mitarbeitenden der Kreisverwaltung gebildet, die bei Belastungsspitzen zur Kontaktnachverfolgung auch an Wochenenden kurzfristig zugeschaltet werden können. Dies bedeutet natürlich, dass einerseits sich über das Gesundheitsamt hinaus auch in anderen Organisationseinheiten viele Überstunden ansammeln und andererseits, dass die Serviceleistungen der Kreisverwaltung in anderen Bereichen nicht mehr in gewohntem Umfang zur Verfügung stehen können.

Ein Hilfeleistungsantrag an die Bundeswehr zur Unterstützung des Gesundheitsamtes wurde gestellt. Ab dem 7. Dezember 2020 sollen 10 Bundeswehrangehörige zur Verfügung stehen, für die die Kantine des Kreishauses zu einem Großraumbüro umfunktioniert wird.

10. Aktuelle Lage

Mit Stand vom 30. November 2020 liegt die 7-Tage-Inzidenz im Rheingau-Taunus-Kreis bei 164,2 bei 302 Neuinfektionen in den letzten 7 Tagen.

Die Infektionen treten sowohl in der Fläche, als auch an Hotspots auf. Besorgniserregend sind hier einige Seniorenzentren, in denen das Infektionsgeschehen derzeit besonders dynamisch ist und eine besonders vulnerable Gruppe gefährdet.